

Haushaltsrede FWB/FDP und BLB für 2025

Sehr geehrte Anwesende,

zur Optimierung des Gemeinderates und Sitzungsverkürzung haben sich für diese Haushaltsrede die Fraktionsgemeinschaft FREIE WÄHLER / FDP mit der Bürgerliste Breisach zusammengetan.

Die Rahmenbedingungen für Kommunen in Sachen Haushalt sind weiterhin schwierig, was auch Herr Bürgermeister bereits eindringlich darstellte. Nämlich dass Kommunen durch Bund und Land getroffene Entscheidungen umsetzen und zu großen Teilen finanzieren müssen.

Hierüber kann man trefflich diskutieren oder sich aufregen. Nur wird hierdurch wertvolle Zeit und Kraft verloren die besser damit verbracht würde, sich damit auseinanderzusetzen, wie man mit diesen Umständen innerhalb der Kommune umgehen muss.

Alle hier am Tisch sitzenden Vertreter der politischen Parteien sind aufgerufen, innerhalb ihrer Möglichkeiten auf die gewählten Vertreter in Bund und Land Einfluss zu nehmen, dass die Kommunen bessergestellt werden. Die Kommunen selbst werden durch den Gemeinde- bzw. den Städtetag entsprechend vertreten, um die kommunalen Belange geltend zu machen.

Der Gemeinderat sollte sich ausschließlich damit beschäftigen, wie die Kommune mit den vorgegebenen Umständen sinnvollerweise umgehen soll bzw. umgehen muss. Also auf das besinnen, was zu beeinflussen ist.

Wie zuvor bereits erwähnt verstellte das Klagen über schwierige Umstände den Blick auf das, was notwendigerweise zu tun ist.

Insofern legen wir unseren Blick zum Haushalt 2025 ausschließlich auf Breisach.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf sieht im **Ergebnishaushalt**, also für das laufende Geschäft mit deren Einnahmen und Ausgaben, bei einem Volumen von gut 57 Mio.€ ein leichtes Defizit in Höhe von rd. 40 T€ vor. Man kann großzügig von einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt sprechen.

Nun kann man auch hier lange darüber diskutieren, ob das gut oder schlecht ist.

Da Breisach mit dem ausgeglichenen Ergebnishaushalt besser dasteht, als viele andere Kommunen, ist sicher kein schlechtes Zeichen.

Dennoch muss allen Beteiligten klar sein, dass über den Ergebnishaushalt keine Beträge erwirtschaftet werden, welche für Investitionen herangezogen werden können.

Im Umkehrschluss heißt das, dass sämtliche Investitionsprojekte fremdfinanziert werden müssen und somit die Verschuldung der Stadt rasant antreibt, auch die Verschuldung pro Kopf.

Für das Haushaltsjahr 2025 wird im **Investitionshaushalt** mit einer zusätzlichen Neuverschulung von 14 Mio.€ gerechnet. Ein riesiger Batzen.

Im Ergebnishaushalt zukünftiger Jahre wiederum fließt die Zinsbelastung der neu aufgenommenen Kredite ein, was diesen weiter unter Druck setzt. Genauso wie die Abschreibungen, welche für die getätigten Investitionen anfallen oder ggfls. auch Wartungs- und Instandhaltungskosten.

Und somit rauben wir mit jedem Anstieg der Schulden unseren Nachfolgern den zukünftigen Gestaltungsspielraum. Das müssen wir unserer Auffassung nach bei zukünftigen Entscheidungen deutlich mehr berücksichtigen.

Hieraus ergibt sich unsere erste Anregung für zukünftige Entscheidungen über Investitionen:

Es sollte bei jeder nennenswerten und in der Zukunft geplanten Investition dargestellt werden, wie sich hierdurch Zinsbelastung, Abschreibungen und ggfls. Wartungs- und Instandhaltungskosten in den zukünftigen Jahren entwickeln werden. **Sprich wie sich eine Investition im Ergebnishaushalt der kommenden Jahre auswirkt.** Zumindest als Schätzgröße.

Das soll eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage über zukünftig geplante Projekte für den Gemeinderat sein.

Worauf wir hinaus wollen ist, dass Investitionen nicht per se finanziell nachteilig sind und möchte das an folgenden Beispielen verdeutlichen:

Investiert die Stadt in energetische Sanierungen oder in Photovoltaikanlagen werden diese sich im Ergebnishaushalt möglicherweise positiv auswirken, da Einspeisevergütungen für erzeugten Strom anfallen bzw. sich der Energieaufwand in alten Gebäuden reduziert. Wird der gleiche Betrag beispielsweise, wie in 2025 vorgesehen, in ein dynamisches Parkleitsystem investiert, wird dieses den Ergebnishaushalt durch zukünftig anfallende Wartungs- und Instandhaltungskosten, Zinsen und Abschreibungen stark belasten, da keine Einsparungen gegengerechnet werden können.

Wir denken, dass nicht nur der Gemeinderat selbst ein Interesse an der Darstellung zukünftiger finanzieller Auswirkungen von heutigen Entscheidungen hat, sondern auch die Öffentlichkeit.

Zusätzlich sollten Investitionsentscheidungen unter einen **Finanzierungsvorbehalt** gestellt werden, sofern die Investition nicht unbedingt notwendig ist und wenn die Entscheidung das kommende Haushaltsjahr oder die kommenden Haushaltsjahre betrifft.

Als zweite Anregung möchten wir eingeben, dass die Verwaltung für **alle Einnahmenpositionen eine Frequenz der Überarbeitung** festlegt.

Zum Beispiel hat der Gemeinderat in der letzten Periode sehr konträr und aufwendig über die Friedhof- und Bestattungsgebühren diskutiert und letztendlich einen hart erkämpften Kompromiss erzielt. Die Verwaltung sollte eine Frequenz vorsehen, in dem diese festgelegten Gebühren angepasst werden – beispielsweise über Kostensteigerungsindizes oder auch der Lohn- und Gehaltsentwicklung in Deutschland. Eine derartige Vorgehensweise würde nicht zumutbare große Preissprünge in vielen Jahren vermeiden. Es geht und hier nicht darum, die finanziellen Schrauben anzudrehen, sondern schlichtweg darum, aus finanzieller Sicht auf Ballhöhe mit der allgemeinen Entwicklung zu bleiben.

Von Gemeinderatsseite wurden immer wieder Positionen hinterfragt, welche schon seit vielen Jahren unangetastet geblieben sind, z. B. die Kurtaxe usw.

Die Festlegung der Frequenz der Überarbeitung sollte sich hierbei an der Höhe der Einnahmen orientieren. Kleinere Positionen, wie z. B. die zuletzt von uns in die Überlegung gebrachte Anhebung der Befahrungsgebühr für Möhlin und Waldschlut könnte eine Anpassung alle 10 Jahre sinnvoll sein.

Das gleiche gilt natürlich auch – und vielleicht sogar noch vielmehr – für die Ausgabenseite. Sofern noch nicht vorhanden, sollten **Ausgabepositionen in festgelegten wiederkehrenden Abständen durch die Einholung von Alternativangeboten überprüft werden**. Wir denken hier an Lieferanten für regelmäßig wiederkehrende Vorgänge. Hier fehlt uns allerdings der konkrete Einblick.

Es stellt sich die Frage, wie dieser zusätzlich entstehende Aufwand geleistet werden kann.

Hier schließt sich nun die **Organisationsumstellung** in der Verwaltung aufgrund der Untersuchungen und der Vorschläge des Herrn Prof. Kientz an und der damit verbundenen Schaffung von Fachbereichen mit deren entsprechenden Leitungen an.

Der zur Abstimmung vorgelegte Stellenplan sieht deutlich mehr Stellen vor als bisher, zudem sind die zusätzlichen Stellen in vielen Fällen höher eingestuft. Unserer Auffassung nach – und so hat das Prof. Kientz bei seinen Vorstellungen ja auch gesagt – müssen sich diese zusätzlichen Stellen teilweise selbst tragen. Unsere o. a. Vorschläge sollen mit dazu dienen, sofern diese noch nicht intern besprochen sind.

Auch wenn uns klar ist, dass in Verwaltungen nicht immer ein betriebswirtschaftlicher Umgang mit Aufgabenstellungen der richtige Weg ist: Es ist und bleibt notwendig, mit den vorhandenen Geldmitteln sorgsam umzugehen und ständig zu hinterfragen.

Dieser Umstand muss unserer Meinung nach in den Stellenbeschreibungen der nun neu geschaffenen Leitungspositionen in geeigneter Weise wiederfinden. Das wäre zumindest unsere Erwartungshaltung.

Dass wir mit der **Stellung der IT** im neuen Organigramm nicht so richtig zufrieden sind, haben wir bereits des Öfteren kundgetan.

An dieser Stelle würden wir heute schon signalisieren, dass wir einer deutlich höher eingruppierten Stelle in diesem Bereich zustimmen würden, sofern damit auch entsprechende Kompetenzen übertragen werden und sich diese auch in einer Stellenbeschreibung wiederfinden.

Wir werden sehr genau beobachten, inwieweit sich die IT-Möglichkeiten in der Verwaltung entwickeln.

Und nun nochmals zurück zum Haushalt selbst und den Investitionen.

Wir werden alle vorgesehenen Investitionsmaßnahmen positiv, aber auch kritisch begleiten, so wie sich das auch gehört.

Insbesondere die im Haushalt veranschlagten **2,9 Mio.€ für die Herrichtung einer Fläche für anzumietende Interimscontainer zur Aufrechterhaltung des Mensabetriebes während des Ausbaus der Julius-Leber-Schule** sehen wir kritisch. Mit dieser derart hohen Summe würde nur eine Übergangslösung finanziert ohne jeden langfristigen Wert. Wir danken Bürgermeister und Beigeordneten für die Zusage, alternative Lösungen zu prüfen.

Die für 2025 eingeplante Investitionssumme in Höhe von 7,5 Mio.€ für den Ausbau der Julius-Leber-Schule ist der größte Einzelposten bei den Investitionen. Durch den Beschluss des Gemeinderates aus der vergangenen Sitzung, in der die Eckpunkte für die Verhandlung über eine **Kostenbeteiligung mit den umliegenden Gemeinden** festgelegt wurden, lässt die Erwartung zu, dass dieser Betrag nicht allein von der Stadt Breisach getragen werden muss, oder über andere Wege an die Stadt zurückfließen wird.

Erstmalig in dieser Größenordnung eingestellt sind **1,2 Mio.€ für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden**, welche die Flexibilität der Verwaltung erhöht, für die Stadtentwicklung wichtige Flächen zu erwerben. Eine sehr auf die zukünftige Entwicklung der Stadt ausgelegte Position, die wir sehr begrüßen.

Es würde an dieser Stelle viel zu weit führen, auf die vielen weiteren Einzelmaßnahmen einzugehen.

Als Resümee können wir aber durchaus festhalten, dass die Investitionen aus sehr vielfältigen Gründen notwendig bzw. ausreichend begründet sind.

Der **Ausbau notwendiger Infrastruktur im Bildungswesen**: Neben dem bereits erwähnten Ausbau der Julius-Leber-Schule, sind größere Beträge für weitere Kindertagesstätten in Breisach und Gündlingen enthalten.

Um der CO-2-Neutralität weiter voranzukommen sind **3 größere Photovoltaik-Anlagen** in der Planung sowie die **energetische Sanierung des Schulgebäudes** in Niederrimsingen.

Größere Positionen betreffen vielfältige und **unumgängliche Sanierungen beispielsweise an Stadtmauern und Museumsgebäude**.

Ein vielfältiger Strauß sehr unterschiedlich gelagerter Investitionsgründe, die insbesondere der Bauverwaltung alles abverlangen wird.

Alles in allem stimmen wir dem Haushaltsplan der Stadt Breisach für 2025 inkl. dem zugehörigen Stellenplan zu, genauso wie dem Haushaltsplan der Eigenbetriebe Städt. Wasserwerk und der Stadtbau Breisach.

Wir wünschen allen Mitarbeitenden der Europastadt Breisach ein schönes Weihnachtsfest und insbesondere den aktuellen und auch den zukünftigen Führungskräften gute Nerven und stets eine glückliche Hand bei anstehenden Entscheidungen.

Wir bedanken uns auch bei den Personen, die die Gemeinderatsarbeit durch ihre Teilnahme an den Sitzungen und darüber hinaus aktiv begleiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Im Namen der Fraktionsgemeinschaft FREIEN WÄHLER / FDP sowie der Bürgerliste Breisach

Ihr Frank Greschel